

# Die Oberbadische

Montag, 08. April 2019

## Gemeinsam Zukunft gestalten



Elisabeth Ackermann ist Schweizer Präsidentin der Oberrheinkonferenz. *Foto: Archiv*

Regio - Das Präsidium der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK) hat am Freitag erstmals unter der Schweizer Präsidentin Elisabeth Ackermann getagt. Unter dem Motto „Gemeinsam die Gegenwart und Zukunft gestalten“ beschäftigte sich die Konferenz mit den Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Dabei standen die Themen Fachkräftemangel und Verkehrsinfrastrukturen sowie der Einbezug der jüngeren Generation in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Zentrum, geht aus einer Mitteilung hervor. Das Präsidium war sich hierbei einig, dass für die Realisierung der fehlenden Bahnverbindungen am Oberrhein eine finanzielle Unterstützung der nationalen Regierungen und der Europäischen Union notwendig sei und werde daher dieses Anliegen an Berlin, Paris und die EU-Kommission richten.

Das Vorprojekt zum Bahnanschluss am EuroAirport wurde vorgestellt. Europäischen Interreg-Mittel ermöglichten die Durchführung der notwendigen Studien, um eine zukünftige Anbindung an das Schienennetz und die nächsten Planungsschritte vorzubereiten.

Als Zwischenerfolg für diverse grenzüberschreitende Verkehrsprojekte wurde gewürdigt, dass der Schweizer Ständerat im März den Forderungen des gemeinsamen Schreibens von Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat gefolgt ist: Er hat sich deutlich für eine Erhöhung der Mittel für im Ausland liegende Bahnstrecken ausgesprochen.

Ein Referat zum Thema Fachkräftemangel zeigte auf, dass die Sicherstellung eines ausreichenden Arbeitskräfteangebots künftig eine zentrale Herausforderung für den Arbeitsmarkt in der Region sein wird.

Für den Bereich Gesundheit wurden durch eine Studie zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen bereits Empfehlungen für grenzüberschreitende Maßnahmen entwickelt, heißt es weiter. Darüber hinaus hat das Präsidium bekräftigt, dass im Rahmen des Bevölkerungsschutzes eine vertiefte Zusammenarbeit der Krisenstäbe und Behörden unabdingbar ist.